

UOKG e. V. - Ruschestr. 103, Haus 1 – 10365 Berlin

## Pressemitteilung

### Bundesvorstand:

Vorsitzender:  
Dieter Dombrowski, MdL,  
Vizepräsident Landtag Brandenburg  
Stellv. Vorsitzende:  
Roland J. Lange  
Ernst – O. Schönemann  
Ehrenvorsitzender:  
Horst Schüler

### Geschäftsstelle:

Ruschestraße 103, Haus 1  
D-10365 Berlin  
Tel: (030) 55779351  
Fax: (030) 55779340  
E-Mail: info@uokg.de

### Geschäftszeiten:

Montag bis Freitag  
9:00 – 17:00 Uhr

[www.uokg.de](http://www.uokg.de)

8. November 2016

### **Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft begrüßt den Vorstoß der CDU-Landtagsfraktion Brandenburg, den 13.08. als Gedenktag für den Mauerbau und die Opfer der SED-Diktatur in Brandenburg einzuführen.**

Am Mittwoch den 09.11.2016 debattiert der Brandenburger Landtag in der Plenarsitzung über den Gesetzesantrag der CDU-Landtagsfraktion Brandenburg, den 13. August als Gedenktag für den Mauerbau und die Opfer der SED-Diktatur in Brandenburg einzuführen.

Der Bundesvorsitzende der UOKG, Dieter Dombrowski MdL, erklärt hierzu: „Der Tag des Mauerbaus erinnert an die zwischen Mauer und Stacheldraht ermordeten Flüchtlinge. Gleichwohl erinnert dieser Tag an die zahlreichen Familien und Freunde, die unrechtmäßig durch den SED-Staat getrennt wurden. Es ist unverständlich, dass der 13. August auf der Berliner Seite Mauer Gedenktagtag ist und auf der Brandenburger Seite der Mauer, auf der viele Flüchtlinge getötet wurden ein Gedenken Privatsache ist. Das Leid der Hinterbliebenen endet nicht.“

Dombrowski führt weiter aus: „Daher ist es zu begrüßen, dass die CDU-Fraktion im Brandenburger Landtag sich dafür einsetzt diesen Tag als Gedenktag in Brandenburg einzuführen. Damit wird ein starkes Zeichen gesetzt. Ein Zeichen der Erinnerung, sowie ein Signal an Politik und Gesellschaft, dass man niemals das durch das SED-Regime verursachte Leid vergisst“

Daher appelliert Dombrowski: „Es liegt nun an den Abgeordneten des Brandenburger Landtages, ein starkes Zeichen sowie ein Signal der Erinnerung zu setzen. Daher appelliere ich im Namen der zahlreichen Opfer und Hinterbliebenen des SED-Regimes: Stimmen Sie diesem Antrag zu.“